



**KREISTAGSFRAKTION
Bodenseekreis**

Antrag zum Kreishaushalt 2019:

Im Kreishaushalt 2019 werden 1 Mio. Euro für Belegungsrechte für Mietwohnungen eingestellt.

Begründung:

Es geht dabei um die Bereitstellung von Mitteln für einen eigenständigen Beitrag des Landkreises Bodenseekreis für mehr bezahlbaren Wohnraum.

Der Landkreis kauft für 1 Millionen Euro Belegungsrechte für ca. 33 Wohnungen, um damit für ca. 100 bis 130 Menschen bezahlbaren Wohnraum für mindestens 30 Jahre zu sichern. In diesen Wohnungen wird die Miete mindestens 20 % günstiger sein, als die ortsübliche Vergleichsmiete. So fördert z.B. das Land Baden-Württemberg Vermieter von Bestandswohnungen, die ein Belegungsrecht einräumen mit 711,00 Euro je m² Wohnfläche für eine 30-jährige Miet- und Belegungsbindung. Auch die Stadt Friedrichshafen fördert mit mindestens 2,5 Millionen Euro jährlich preisgebundenen Wohnraum. Auch die Stadt Überlingen schafft durch Belegungsrechte bezahlbares Wohnen. Es handelt sich also um ein erprobtes Mittel.

Der Bodenseekreis sorgt mit 1 Millionen Euro – vor allem in kleineren Kommunen oder im ländlichen Raum – dafür, dass durch diese kommunale Förderung mehr Menschen mit Wohnberechtigungsschein für 15, 25 oder 30 Jahre eine mietpreisgebundene Wohnung unterhalb der ortsüblichen Vergleichsmiete bekommen.

Es ist wichtig, dass der Landkreis einen eigenen und zusätzlichen Beitrag zur Milderung des Wohnungsnotstandes und für bezahlbare Wohnungen leistet. Bereits in 2017 hat die SPD-Kreistagsfraktion für den Haushalt 2018 beantragt, mit 1 Million Euro die Gründung einer Wohnbaugenossenschaft/Wohnungsbau-gesellschaft/Kreisentwicklungsgesellschaft ernsthaft zu prüfen, um als

Landkreis einen eigenen und zusätzlichen Beitrag zur Milderung des Wohnungsnotstandes und für bezahlbare Wohnungen zu leisten.

Der Antrag der SPD wurde in der Sitzung im Dezember 2017 mehrheitlich abgelehnt. Stattdessen wurde ein Untersuchungsauftrag beschlossen, wonach Kreisverwaltung prüfen sollte, ob der Bodenseekreis (allein oder in Kooperation mit Dritten) einen wesentlichen Beitrag zur Schaffung von mehr bezahlbarem Wohnraum und mit welchen finanziellen Konsequenzen leisten kann.

Bis heute wurde dem Kreistag kein Vorschlag unterbreitet und keine Sitzungsvorlage zu diesem Thema vorgelegt.

Nach wie vor sind fehlende bezahlbare Wohnungen das größte Problem im Bodenseekreis. In der IHK-Umfrage Bodensee-Oberschwaben zur Standortzufriedenheit 2017 wurde an 1. Stelle des Handlungsbedarfs der Wohnraum benannt.

Mit der Summe von 1 Millionen Euro werden Belegungsrechte von Wohnungsbaugesellschaften und Investoren oder anderen Eigentümern gekauft, so dass diese Wohnungen zu günstigen Mietpreisen vermietet werden können. So könnten zum Beispiel jährlich Belegungsrechte für 33 Wohnungen zu je 30.000 Euro (990.000 Euro) für je 30 Jahre gekauft werden. Das könnte bei geschätzt drei bis vier Personen pro Wohnung ganz konkret 100 bis 130 Menschen mit Wohnberechtigungsschein eine bezahlbare Wohnung im Bodenseekreis ermöglichen. Dies wird auch den Wohnungsmarkt im preisgünstigen Segment beleben.

Friedrichshafen, 07.12.2019

SPD-Kreistagsfraktion Bodenseekreis